

28. Juni 2022  
WP21-26/A-003

## Antrag

gemäß §4 der Geschäftsordnung des Rates

### Gemeindeentwicklungskonzept 2030+

#### Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt ein „Gemeindeentwicklungskonzept 2030+“ aufzulegen, in dem mittel- und langfristige gemeindliche Entwicklungsziele festgelegt werden. Ein begleitender Bürgerbeteiligungsprozess ist zu initiieren.

#### Begründung:

Ende 1999 wurde seitens des Rates letztmalig die Aufstellung eines Gemeindeentwicklungskonzeptes beschlossen, mit dem Ziel, gemeindliche Entwicklungsziele zu definieren. 2018 wurde ergänzend ein Siedlungskonzept beauftragt. Seither haben sich die Anforderungen an die Gemeinde bzw. die Rahmenbedingungen innerhalb der Gemeinde verändert. Exemplarisch zu nennen sind

- fehlende Perspektiven für Bauwillige, oft junge Familien, die ein Eigenheim in der Gemeinde errichten bzw. erwerben möchten, dies aber auf Grund fehlender Wohnbauflächen sowie oft zu hoher Preise nicht können und in der Folge abwandern.
- ein Mangel an bezahlbaren Mietwohnungen und damit einhergehend eine fehlende städtebauliche Planung zur Schaffung von neuen, bezahlbaren Wohnungen für Alt und Jung.
- der steigende Bedarf an Pflege- und Tagespflegeplätzen in der gesamten Gemeinde.
- die Sicherstellung attraktiver Einkaufsmöglichkeiten und der dafür notwendigen Kaufkraft.
- ein zeitgemäßer Aus- und Umbau der verkehrlichen Infrastruktur und des ÖPNV.
- die Zielsetzung der Gemeinde Rastede bis 2040 klimaneutral zu sein.

Vor diesem Hintergrund ist eine generelle Neubewertung der gemeindlichen Entwicklungsziele aus Sicht der CDU-Fraktion notwendig, um Rastede zukunftsfest aufzustellen und zu entwickeln. Das beantragte „Gemeindeentwicklungskonzept 2030+“ soll im Zusammenspiel von Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen, Politik und Verwaltung erarbeitet werden und ein Leitbild für alle notwendigen und wichtigen Weichenstellungen der kommenden Jahre in der Gemeinde Rastede sein.

Alexander von Essen  
Fraktionsvorsitzender